

WIR DENKEN SELBSTÄNDIG.

AGS:NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.agsnrw.de

Ausgabe **Dezember 2007**

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, liebe Leserinnen und Leser,

die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener betrug zu Beginn des letzten Jahrhunderts etwa 50 Jahre. Heute liegt sie um 25 bis 30 Jahre höher.

Viele unserer AGS-Mitglieder steuern mit großen Schritten auf die Fünfzig zu, andere haben diese Zahl schon vor Jahren hinter sich gelassen. Gleichwohl sind sie aber auch weiterhin Motor, Impulsgeber, Macher und Koordinator – Selbständiger eben –, mit Energie, Berufs- und Lebenserfahrung, Augenmaß und Verantwortungsgefühl. Mit dieser Kombination aus Erfahrung und Elan haben die „Best Ager“ – wie man diese Altersgruppe heute auch nennt – vielen Jüngeren etwas voraus.

Allein deshalb fanden wir „Perspektive 50plus“, die von Franz Müntefering eingeleitete und for-

cierte Beschäftigungsinitiative für Ältere, so interessant, dass wir dieses Projekt in der vorliegenden Ausgabe der **AGS:NACHRICHTEN** genauer vorstellen möchten (s. Seiten 10 und 11).

Am Beispiel des Kompetenznetzwerks „BEST AGER – Der Beschäftigungspakt für Ältere im Revier“ wollen wir zeigen, welche Chancen die Menschen im „besten Alter“ für die Wirtschaft – und dort insbesondere für den Mittelstand – eröffnen, wenn wir ihre Erfahrungen und ihr Engagement nutzen. Dr. Stefan Lob, Gafög-Geschäftsführer und „BEST AGER“-Projektkoordinator, wird dazu aus seiner Praxis berichten.

In diesem Sinne: Nutzen wir die Erfahrung der Arbeitssuchenden in der Altersgruppe „50plus“, die nur darauf warten, ihre Kompetenzen in die Betriebe einbringen zu können.



Herzlichst,

Michael Henke

Mitglied des AGSNRW-Landesvorstands



AGS-GRÜNDUNG (I) – IM ZWEITEN ANLAUF AGS ENNEPE-RUHR GRÜNDET SICH AM 12. FEBRUAR IN WITTEN

Nach einigen Vorgesprächen und einem mittlerweile erfolgten einstimmigen Votum des Unterbezirksvorstands wird sich die AGS im Ennepe-Ruhr-Kreis am 12. Februar auf Schloss Steinhausen in Witten gründen.

Die engagierten AGS-Aktivisten vor Ort stehen bereits seit einigen Wochen in den Startlöchern. Der AGS-Landesvorstand wird sich am gleichen Tag und Ort zur turnusmäßigen Sitzung treffen, um direkt anschließend an der Gründungsversammlung teilzunehmen und die Initiative vor Ort zu unterstützen.

AGS-GRÜNDUNG (II) AGS KLEVE KURZ VOR GRÜNDUNG

Auch im Unterbezirk Kleve steht die Gründung der AGS kurz bevor.

Barbara Hendricks, UB-Vorsitzende in Kleve, die an der Gründungsveranstaltung teilnehmen möchte, ist vom AGS-Landesvorstand um einen verbindlichen Terminvorschlag gebeten worden. Wir gehen davon aus, dass dieser Termin in Kürze feststeht.

AGS-GRÜNDUNG (III) AGS-GRÜNDUNG IN OWL ANGESTREBT

Auch in Ostwestfalen-Lippe gibt es eine Reihe von Aktiven, die mit Unterstützung des AGS-Landesvorstands eine AGS OWL ins Leben rufen möchten.

Einzig erforderlich: Die Einladung der Selbständigen, Freiberufler, Handwerker und Mittelständler durch die SPD-Geschäftsstelle zu einem ersten Info-Treffen und – einige Wochen danach – zur offiziellen Gründungsveranstaltung. Die AGS'ler vor Ort sind guten Mutes, dass diese formale Unterstützung durch die Partei nunmehr kurzfristig geleistet wird. Als Kontakt steht der AGS-Landesvorsitzende Gerhard Teulings zur Verfügung.

AGSNRW & AG60PLUS NRW: FORDERUNG NACH ZIELGRUPPEN- ORIENTIERTEM WAHLKAMPF

Auf der Landesausschusssitzung der AG60Plus NRW am 30. November in Gelsenkirchen haben sich der Landesvorsitzende der AG60plus, Gerd Kompe (Dortmund) und der AGS-Landesvorsitzende Gerhard Teulings (Gelsenkirchen) übereinstimmend für eine zielgruppenorientiertere Wahlkampfführung der SPD in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen.

Dabei müssten sowohl die Wahlbürger über 50 Jahre (Wähleranteil ca. 47 %) als auch die Mittelständler in NRW als stärkste Wirtschaftskraft im Land stärker als bisher ins Rampenlicht gestellt werden.

In der Praxis müsse diese Zielorientierung dazu führen, dass schon bei der Wahlkampfplanung stärker und früher als bisher der sachkundige Rat aus den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften inhaltlich, organisatorisch und werbetechnisch einfließe.

SGK NORDRHEIN-WESTFALEN FRANK BARANOWSKI NEUER VORSITZENDER



Frank Baranowski, OB
in Gelsenkirchen

Der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Frank Baranowski ist neuer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW (SGK NRW).

Rund 300 Delegierte der knapp 9.000 kommunalen Mandatsträger der SPD aus ganz NRW wählten Baranowski in der Bielefelder Stadthalle mit 97 % der Stimmen in sein neues Ehrenamt. Frank Baranowski ist seit 2004 Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, seit 2007 außerdem der erste Sprecher der neu gebildeten RuhrSPD.

Für die kommende Ausgabe der **AGS:NACHRICHTEN** haben wir mit ihm ein Interview zum Thema Mittelstandspolitik verabredet.

DIE „KÖPFE“ DER AGS IN NORDRHEIN-WESTFALEN



Josef Gietemann,
Bezirksschornstein-
fegermeister aus
Kleve.

Josef Gietemann (46) ist Bezirksschornsteinfegermeister und ö.b.u.v. Sachverständiger des Schornsteinfegerhandwerks, verheiratet und Vater eines Sohnes. Neben seinem Engagement für die SPD ist er Mitglied des Berufsbildungsausschusses der Handwerkskammer Düsseldorf.

Der Schornsteinfegerbetrieb mit angegliedertem Sachverständigenbüro beschäftigt zwei Mitarbeiter und zwei Auszubildende – einen im „schwarzen“ Bereich in der Ausbildung zum Schornsteinfeger, einen zweiten im „weißen“ Bereich zum Bürokaufmann. Beide Auszubildende sind körperlich gehandicapt (siehe Bericht auf Seite 5).

Über die Ausbildung junger Menschen, insbesondere benachteiligter Jugendlicher sagt er: „Viele meiner Kollegen können sich nicht vorstellen, dass die Arbeit, insbesondere in unserem Handwerk, funktionieren kann. Wir zeigen, dass es klappt. Über alle Vorurteile anderer hinweg. Darüber hinaus gehört im Schornsteinfegerhandwerk – wie in nahezu allen Handwerksberufen – die Ausbildung Jugendlicher zu den zukunftsweisenden und wichtigsten Aufgaben und Zielsetzungen.“

Josef Gietemann ist seit 1994 Mitglied der SPD, seit 2004 Mitglied des Rates der Stadt Kleve und hier wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses der Stadt Kleve.

Schwerpunkte in der Gestaltung von Kommunalpolitik sieht er in der Strukturpolitik und einer regional orientierten und ganzheitlichen Wirtschaftsförderung. In der AGS war Josef von 2001 bis 2004 Mitglied des Landesvorstandes der AGS in NRW.

Seit 2000 arbeitet Josef Gietemann im Berufsbildungsausschuss der Handwerkskammer Düsseldorf mit, seit 2006 ist er ordentliches Mitglied. Über die Schwerpunkte der politischen Gestaltung in der AGS sagt er: „Das bundesdeutsche Handwerk leistet entscheidenden Anteil zur Ausbildung der Jugend unseres Landes. Beinahe 30 % aller Auszubildenden werden im Handwerk ausgebildet. Dies sind Fakten, die wir als SPD anerkennend diskutieren müssen und darin für unsere Jugendlichen Perspektiven sehen müssen, ohne die Grundstrukturen des dualen Systems auf den Prüfstand zu stellen.“

»» Josef Gietemann
Bezirksschornsteinfegermeister
Serntstraße 11, 47533 Kleve
Tel.: 02821 - 18 315, Fax: 02821 - 390 640

„IN DEUTSCHLAND BLEIBT DIE MITTE ROT!“

– Kommentar von Hubertus Heil
zum CDU-Parteitag in Hannover

STUDIE

MITTELSTANDSSTUDIE DER DZ-BANK: „REKORD-OPTIMISMUS“

Aus wirtschaftlicher Sicht verläuft das Jahr 2007 für deutsche Mittelständler so positiv wie seit 12 Jahren nicht mehr.

Das ist das Ergebnis der Mittelstandsstudie Herbst/Winter 2007 der DZ Bank. Demnach bewerteten 84 % der mittelständischen Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage als mindestens „gut“, rund 7 % sogar als „sehr gut“. Nur 15 % der Mittelständler hätten sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Situation negativ geäußert.

Positive Entwicklung seit Mitte der 90er

Noch Ende der neunziger Jahre hätten rund 60 % der befragten Mittelständler ihre Situation als positiv beschrieben. Im Frühjahr 2003 sei der Wert nach stetigem Anstieg jedoch wieder auf 47 % gefallen. Das durchschnittliche Niveau der Vorjahre sei erst 2005 wieder erreicht worden. Das Jahr 2007 sei mit 84 % positiver Antworten so gut bewertet worden wie seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr.

Unterschiedliche Bewertungen in den Branchen

In den acht abgefragten Branchen lag der Anteil der Betriebe mit positiver Geschäftslage laut DZ Bank zwischen 71 und 93 %. Als „gut“ oder „sehr gut“ werde die wirtschaftliche Situation in den Industriebranchen Elektronik/EBM-Waren (93 %) sowie in der Metallherstellung und -verarbeitung (92 %) beschrieben. Dienstleistungen, Chemie/Kunststoff und Agrarwirtschaft folgten auf den weiteren Plätzen. Auch im Handel, im Baugewerbe und in der Ernährungs- und Tabakindustrie werde die wirtschaftliche Lage von rund drei Viertel der Unternehmen als positiv eingeschätzt.

Gute Aussichten

Überraschend und überdurchschnittlich hoch sei der Anteil der Betriebe mit 56 %, die keine Veränderung der Geschäftslage erwarteten. Laut Studie sehen Mittelständler auch den nächsten sechs Monaten optimistisch entgegen: 43 % erwarteten sogar eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Von einer

Fortsetzung der guten Zeiten gingen immerhin 46 % der Betriebe aus. Nur etwa jedes zehnte Unternehmen rechne mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation.

Fachkräftemangel wird zum Problem

Der Fachkräftemangel wurde als Sonderthema der Mittelstandsstudie Herbst/Winter 2007 behandelt. Aktuell fehlen laut Studie in mehr als der Hälfte der Betriebe Fachkräfte. 18 % der befragten Unternehmen hätten sogar von „starkem“ und „sehr starkem“ Umfang des Fachkräftemangels gesprochen.

KAMINGESPRÄCH DER SGK IM KREIS STEINFURT EUROPAPOLITIK BEGINNT BEREITS IN DEN KOMMUNEN

Ohne Europa geht vieles nicht mehr. Das sehen auch die Sozialdemokraten im Kreis Steinfurt so und haben deshalb das nächste „Kamingespräch“ der SPD-Kommunalpolitiker, Landtags- und Bundestagsabgeordneten diesem Thema gewidmet.

Deshalb steht die Frage „Wie soll es aussehen, das friedliche, soziale und gerechte Europa?“ im Vordergrund. Sachkundiger Gast des Abends wird die Bundestagsabgeordnete Dr. Angelica Schwall-Düren sein, ausgewiesene Europaexpertin der SPD-Bundestagsfraktion.

Nach Auffassung des SGK-Kreisvorsitzenden Günter Thum stehen die europäischen Sozialdemokraten in der Verantwortung, Europa so sozial und so gerecht wie möglich zu gestalten. Das bedeute, die Kräfte zu bündeln für ein gemeinsames Steuersystem, einen auf dem Lebensstandard basierenden Mindestlohn in den Ländern und für eine gemeinsame europäische Friedenspolitik.

Thum: „Die Wirtschaft hat sich bereits global aufgestellt. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Menschen in den Ländern der EU gegeneinander ausgespielt werden“. Auch Entwicklungen in der Region, wie z.B. drohende Massenentlassungen bei Karmann in Osnabrück und Rheine zeigten eindeutig, dass Europapolitik bereits in den Kommunen beginne.

➤ „Termine“ (Seite 6)

AUSZEICHNUNG FÜR AGS-MITGLIED**3. PLATZ BEIM PROJEKT „HANDWERK OHNE AUSGRENZUNG“ FÜR JOSEF GIETEMANN**

Bezirks-Schornsteinfegermeister und SPD-Ratsherr Josef Gietemann aus Kleve nahm aus den Händen des Ministers für Generationen, Frauen, Familien und Integration des Landes Nordrhein Westfalen, Armin Laschet, den dritten Preis beim Wettbewerb „Grenzüberschreitungen: Chancengleichheit in Europa – eine Chance für NRW“ entgegen.

Der Schornsteinfegerbetrieb aus Kleve erhielt die Auszeichnung für sein Engagement bei der Integration von jungen Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt. Am Eingliederungs-Engagement des Kleinstbetriebs von Josef Gietemann überzeugte die Juroren die besondere Betreuungsleistung eines dreiköpfigen Teams, das gleich zwei schwerbehinderten Jugendlichen den Berufseinstieg ermöglicht. Der körperlich gehandicapte 18jährige Tobias Fonck lernt hier im zweiten Ausbildungsjahr den Schornsteinfegerberuf. Der 21jährige gebürtige Ukrainer Oleg Kyrylenko, seit einem Unfall querschnittgelähmt, begann im Sommer bei Gietemann eine Ausbildung zum Bürokaufmann.

Die Jury konnte beiden Lehrlingen einen geglückten Berufsstart und ihren Ausbildern erstklassige berufspädagogische Arbeit bescheinigen. Fonck bereitet sich derzeit auf die Zwischenprüfung vor; Kyrylenko ist der erste Lehrling mit Querschnittslähmung in Ausbildung im Schornsteinfegerhandwerk des Landes Nordrhein Westfalen.



Bereits vor der Auslobung am 13.11.2007 gratulierte SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft dem engagierten Sozialdemokraten Josef Gietemann am Rande der Unternehmerpreisverleihung in seiner Heimatstadt Kleve zu seinem sozialen und unternehmerischen Erfolg.

Zu dem dreiköpfigen Team gehören seine Mitarbeiter Christof Haarhoff und Stefan Welberts, die ebenfalls mit der Ausbildung der jungen Menschen betraut sind. Neben ihrem Beruf sind beide in der gewerkschaftlichen und verbandlichen Arbeitnehmervertretung, wie beispielsweise in der Vollversammlung der Handwerkskammer Düsseldorf aktiv. „Klar bin ich stolz, dass so etwas anerkannt wird“, sagte Kyrylenko nach der Veranstaltung. „Es war schon ein schönes Gefühl auf der Bühne“, fand auch Fonck.

Gietemann, der ehrenamtlich dem Berufsbildungsausschuss der Handwerkskammer Düsseldorf angehört, erklärte, ein Beispiel für andere Handwerker geben zu wollen: „Es ist die Mühe wert, sich mit behinderten Menschen zu beschäftigen.“ Doch die Anerkennung, der Stolz und die Freude über das Erreichte halten deutlich länger an als diese drei Minuten vor den Kameras.

Weder die „Eurovision“-Musik des Trio Soli Sono, noch die gestenreiche Ansprache der Familienministerin Ursula von der Leyen („Unterschiede bereichern unser Leben“), noch die diversen Beiträge über das in diesem Jahr Erreichte konnten das Thema so überzeugend mit Leben füllen wie der Klever Kleinbetrieb, wie er da auf der Bühne stand: Der sozial eingestellte Unternehmer Gietemann, der strahlende, an den Rollstuhl gebundene Kyrylenko und der in traditioneller Schornsteinfegertracht erschienene Fonck. Chancengleichheit zum Anfassen.

Am Erfolg der beiden Preisträger habe die Fachberatung der Handwerkskammer Düsseldorf und des Landschaftsverbands Rheinland, sowie des Integrationsfachdienstes „besonderen Anteil“, betonte Josef Gietemann bei der Preisverleihung.

Tobias Fonck, Oleg Kyrylenko und Josef Gietemann (v.l.n.r.)
Bericht: NRZ Kleve / Foto: Thomas Momsen, NRZ Kleve

KOSTENLOSE BROSCHÜRE STEUERHILFE FÜR JUNG-UNTERNEHMER

Eine kostenlose Broschüre gibt Hilfestellung bei allen steuerlichen Themen des Unternehmeralltags. Der Steuerleitfaden liefert Existenzgründern und Jung-Unternehmern die wichtigsten Kenntnisse über wesentliche Grundbegriffe und Hauptpflichten als Steuerzahler. Die 16-seitige Broschüre wird vom Bund der Steuerzahler (BdSt) herausgegeben. Von manchen BdSt-Landesverbänden wird allerdings eine Schutzgebühr von zwei Euro erhoben. Eine Online-Bestellung ist [hier](#) möglich.

BARBARA WEILER (MDEP): ANERKENNUNG DER DEUTSCHEN MEISTERBERUFE IN DER EU

Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlamentes hat grünes Licht für die Anerkennung von Berufsqualifikationen gegeben. „Endlich werden die Abschlüsse von über 100 Ausbildungsberufen innerhalb der EU anerkannt“, so Barbara Weiler.

Das Handwerk in Deutschland (sowie in Österreich und Luxemburg) hatte dafür gekämpft, die Handwerksberufe entsprechend ihres Qualifikationsniveaus anzuerkennen. Andernfalls wären deutsche, österreichische und luxemburgische Meister mit Gesellen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten gleichgestellt worden, obwohl diese geringere Ausbildungsstandards erfüllen müssen. „Damit wird die hohe Qualifikation deutscher Handwerksmeister auch auf europäischer Ebene zufriedenstellend gewürdigt“.

Handwerker aus anderen Mitgliedstaaten können sich nach wie vor als Selbständige in Deutschland niederlassen. Die Freizügigkeit im Binnenmarkt ist somit nicht beeinträchtigt, denn die meisten Fachkräfte aus anderen EU-Ländern werden entweder aufgrund ihrer Eignung oder ihrer Berufserfahrung in Deutschland anerkannt. „Europa braucht qualifizierte Aus- und Weiterbildung, die auf dem Binnenmarkt leistungsgerecht eingestuft wird, denn nur so garantieren wir auch weiterhin hochwertige Dienstleistungen und Produkte“, erklärte die SPD-Europaabgeordnete abschließend.

TERMINE

23. Januar 2008, 18:00 Uhr

AGS-Unterbezirksvorstand Gelsenkirchen (partei-öffentliche Vorstandssitzung)

„BEST AGER – das Programm“, als Gast: Dr. Stefan Lob, Leiter der Gafög und Koordinator des Förderprojektes für Gelsenkirchen, Oberhausen, Bottrop und Gladbeck.

Gafög, Emscherstraße 66, 45891 Gelsenkirchen

12. Februar 2008, 18:00 Uhr

Sitzung des AGSNRW-Landesvorstands

Anschließend: Gründung der AGS Ennepe-Ruhr
Schloss Steinhausen, Auf Steinhausen 30, Witten

27. Februar 2008, 19:00 Uhr

„Kommunalpolitisches Kamingsgespräch“ der SGK im Unterbezirk Steinfurt

„Ohne Europa geht nichts mehr“ lautet das Motto des inzwischen schon traditionellen „Kommunalpolitischen Kamingsgesprächs“ der SGK in Steinfurt. Gast des Abends: Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB, Europaexpertin der SPD-Bundestagsfraktion.

Saerbeck, Gasthaus Ruhmüller, Sinnigen 40

Weitere Infos unter www.agsnrw.de/termine.htm

MITTELSTANDSFREUNDLICHE KOMMUNALVERWALTUNG AUSZEICHNUNG FÜR DORTMUND

Die Dortmunder Verwaltung wurde am 22.11.2007 mit dem Gütesiegel „Mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung“ ausgezeichnet.

Dortmund erfüllt als bundesweit erste Großstadt alle dafür erforderlichen Kriterien – etwa die schnelle Beantwortung von Anrufen und E-Mails oder die zügige Bearbeitung von Baugenehmigungsanträgen innerhalb einer bestimmten Frist.

Entwickelt wurde das Zertifikat von der „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.“, die Kommunen bundesweit bei der Verbesserung ihres Serviceangebotes für Unternehmen unterstützt, und dem „Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V.“.

KURZ NOTIERT

Krankenversicherungspflicht: Die wichtigsten Regeln für Selbständige

Für Selbständige hat sich mit der Gesundheitsreform Einiges geändert: Versicherungspflicht, Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung, neue Beitragssätze und Zusatzversicherungen. Hier lesen Sie, worauf Sie bei Ihrer Wahl achten sollten.

>>> mehr

Kundengespräch: So wirken Sie sympathischer

Einige Grundregeln sollten Unternehmer kennen, um möglichst sicher beim Kunden oder Geschäftspartner aufzutreten und einen sympathischen Eindruck zu hinterlassen. Die wichtigsten Sympathie-Formeln lesen Sie hier.

>>> mehr

Umfrage: Deutsche Arbeitnehmer sind Spitze bei der Bereitschaft zur Weiterbildung

87 Prozent der deutschen Beschäftigten würden sich auch in ihrer Freizeit weiterbilden lassen.

>>> mehr

Fördermittel: Unternehmer schöpfen Fördertöpfe nicht aus

Existenzgründern und Unternehmern stehen im Schnitt 56.000 € pro Jahr zu. Doch rund ein Drittel des Geldes wird verschenkt.

>>> mehr

Steuern: Gebrauchsgüter können abgeschrieben werden

Existenzgründer bringen oft gebrauchte Privatgegenstände ins neue Unternehmen mit. Wie Sie alte Bürostühle und Telefone von der Steuer absetzen, erfahren Sie hier.

>>> mehr

Download: Kostenloser Behördenwegweiser für Gründer

Das Modul „Formalitäten“ der BMWi-Software 9.0 hilft Existenzgründern bei Behördenwegen, Formalitäten und Kostenplanungen.

>>> mehr

EU-Umfrage: Deutsche haben kaum Lust auf Selbständigkeit

Nur knapp ein Fünftel der deutschen Bürger verspürt Lust, sich selbständig zu machen. Fast alle anderen EU-Einwohner sind da motivierter.

>>> mehr

Unternehmen: Offenlegungspflichten werden stärker kontrolliert

Unternehmen drohen verstärkt Sanktionen, wenn sie ihren Offenlegungspflichten für das Geschäftsjahr 2006 nicht bis zum 31. Dezember 2007 nachkommen. Dies betrifft alle Kapitalgesellschaften und GmbH & Co KGs.

>>> mehr

Ausbildung: Azubis machen immer mehr Doppelverträge

Immer mehr Jugendliche treten einen Ausbildungsplatz nicht an, obwohl sie das vertraglich zugesichert haben.

>>> mehr

Förderprogramm: 100 Prozent Zuschuss für Energie-Innovationen in KMU

Ab Januar 2008 unterstützt der „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“ Unternehmen, die ihre Energieeffizienz steigern wollen.

>>> mehr

Studie: Neues Bilanz-Gesetz führt zu geringerer Eigenkapitalquote

Das geplante Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz senkt voraussichtlich die Höhe des Eigenkapitals deutscher Mittelständler.

>>> mehr

Steuern: So beschäftigen Sie Familienangehörige rechtssicher

Häufig arbeiten Ehefrau oder Kinder in kleinen Betrieben mit. Wie Sie Ärger mit dem Finanzamt vermeiden und sogar ganz legal Steuern sparen, lesen Sie hier.

>>> mehr

VORGESTELLT:

**ARBEITSKREIS MITTELSTAND DER
FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG**

Mit dem Arbeitskreis Mittelstand stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Forum bereit, das sich mit den Belangen und Bedürfnissen der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland befasst. Dabei berücksichtigt der Arbeitskreis ein wesentliches Merkmal des Mittelstands in Form seiner Heterogenität. Eine Politik, die dem Mittelstand nützt, geht weit über einzelne Maßnahmen hinaus. So spielt die Einstellung der Gesellschaft zu selbständigem Denken und Handeln einschließlich der sich daraus erwachsenden Verantwortung genauso eine Rolle wie die Verfügbarkeit von Kapital. Der Arbeitskreis versucht Antworten aus der Sicht des Mittelstands zu formulieren. Kleinere Unternehmen sehen Globalisierung mit durchaus gemischten Gefühlen und verstehen unter einem unternehmensfreundlichen Steuersystem sowie guter Rechtsetzung oft etwas anderes als große Konzerne. Und in mancherlei Hinsicht geht der Mittelstand großen Unternehmen voraus. Innovation und Ethik sind oft Markenzeichen von Mittelständlern.

Der Arbeitskreis greift wichtige grundlegende und zukunftsorientierte Fragen im Vorfeld politischer Entscheidungen auf, indem er gemeinsam mit Unternehmern, Mittelstandsvertretern, Politikern, Wissenschaftlern und Verwaltungsangehörigen Lösungswege findet. Die Einbeziehung eines breiten Spektrums von Experten, Praktikern und Entscheidern ermöglicht einen Dialog von Wirtschaft und Politik, der zur Stärkung der ökonomischen Kompetenz in politischen Entscheidungsprozessen einen wesentlichen Beitrag leistet.

Neben Gutachten, Analysen, Thesenpapieren, Workshops und anderen Instrumenten der Politikberatung fußt die Kompetenz des Arbeitskreises vor allem auf den Erfahrungen seiner Mitglieder. Daher handelt es sich auch um einen offenen Kreis, in dem Neumitglieder jederzeit herzlich willkommen sind.

➤ **Kontakt:** Helmut Weber, Tel.: 0228 / 883 223,
eMail: Helmut.Weber@fes.de

**IFM BONN ZUR BESCHÄFTIGUNG 2006
80 % ALLER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGEN
STELLEN VON KMU GESCHAFFEN**

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen mit überwiegend privatwirtschaftlichen Unternehmen verringerte sich aufgrund der konjunkturell schwierigen Lage von 2003 bis 2005 (Stichtag 31.12.) von 24,97 Mio. auf 24,47 Mio. Laut Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit existierten Ende 2006 rund 24,91 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, was einem Nettozuwachs von 442.000 Beschäftigungsverhältnissen entspricht.

Aufbauend auf den statistischen Daten der Bundesagentur für Arbeit, des Statistischen Bundesamtes sowie eigener Schätzmethoden ging das IfM Bonn der Frage nach, welchen Anteil KMU an diesen Entwicklungen hatten. Hier einige Ergebnisse:

Auch in KMU wurden in den Jahren 2003 bis 2005 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abgebaut, im Vergleich zu Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten allerdings weniger stark. Die in 2006 neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse sind hingegen überproportional häufig in KMU zu finden. Schätzungsweise 355.000 neue Stellen wurden 2006 nach Berechnungen des IfM Bonn in KMU geschaffen, das sind rund 80 %.

Darüber hinaus analysierte das IfM Bonn die Entwicklung zwischen den Jahren 2005 und 2006 nach Wirtschaftszweigen. Über die Hälfte aller 442.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist danach bei unternehmensnahen Dienstleistern entstanden. Ungefähr ein Fünftel davon entfällt allein auf die Branche der Personaldienstleister. Der Zuwachs an Beschäftigung wird dabei sowohl von kleinen und mittleren Betrieben als auch von Großunternehmen getragen.

Anders im Verarbeitenden Gewerbe und dem Handel: Während die kleinen und mittleren Betriebe sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen haben (Verarbeitendes Gewerbe (+ 38.000), Handel (+ 23.000)), wurden im gleichen Zeitraum bei den

Großunternehmen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsstellen abgebaut (Verarbeitendes Gewerbe (- 21.000), Handel (- 12.000).

Fazit: Über 80 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wurden in 2006 in KMU geschaffen. Die weiterhin positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt lässt erwarten, dass auch 2007 neue Stellen in kleinen und mittleren Unternehmen entstehen.

Ausführliche Informationen und ein Link zu den Grafiken stehen Ihnen hier zur Verfügung:

> www.ifm-bonn.org/presse/jobmotor-mittelstand.htm

GRÜNDUNGSGESCHEHEN 1. HALBJAHR 2007 ERWARTETER RÜCKGANG BEI EXISTENZ- GRÜNDUNGEN UND LIQUIDATIONEN

Nach neuesten Berechnungen des IfM Bonn auf Basis der Gewerbeanzeigenstatistik des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Existenzgründungen in Deutschland auf rund 225.000 gesunken.

Verglichen mit dem 1. Halbjahr 2006 ist die Zahl damit um 11,6 % zurückgegangen. Hauptursachen sind die gute konjunkturelle Arbeitsmarkt-Entwicklung sowie die Änderung der Förderung der Selbständigkeit aus der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Liquidationen ging ebenfalls gegenüber dem Vergleichszeitraum 2006 auf rund 213.000 zurück. Der Rückgang fiel mit 2,5 % jedoch relativ gering aus. Als Konsequenz dieser beiden Entwicklungen fiel der Gründungssaldo (d.h. die Differenz aus Gründungen und Liquidationen) auf rd. 12.400 – und ist damit um rund 24.000 Unternehmen kleiner als im Vorjahreszeitraum.

Nach vorläufigen Schätzungen geht das IfM Bonn davon aus, dass die Zahl der Gründungen in 2007 insgesamt auf 440.000 bis 450.000 zurückgehen wird (2006: 471.000). Die Zahl der Liquidationen wird 2007 auf 420.000 bis 430.000 sinken. Dies bedeutet, dass der Gründungssaldo 2007 zwar immer noch positiv sein wird, jedoch den voraussichtlich niedrigsten Stand seit Ende der 1980er Jahre haben wird.

Mehr Informationen finden Sie in den Grafiken zur Präsentation „Gründungsgeschehen in Deutschland“, die von Frank Wallau und Brigitte Günterberg anlässlich des Bund-Länder-Ausschusses „Mittelstand“ Ende September in Speyer gegeben worden ist. Die Vortragscharts stehen hier zur Verfügung:

> www.ifm-bonn.org/presse/bla-speyer.pdf

STATISTIK

STATISTISCHES JAHRBUCH NRW 2007 ERSCHIENEN

Rechtzeitig vor Weihnachten hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik die aktuelle Ausgabe 2007 des Statistischen Jahrbuchs für Nordrhein-Westfalen herausgebracht. Das informative Nachschlagewerk bietet mit seiner Themenvielfalt wieder einen tiefen Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in NRW.

Die dem Buch beige packte CD bietet darüber hinaus die Möglichkeit, alle Inhalte auf dem PC weiterzuverarbeiten. Bestellen kann man das Statistische Jahrbuch NRW 2007 zum Preis von 30 Euro am einfachsten über den Publikationsservice des Landesamtes (www.lids.nrw.de/shop).

Im Jahrbuch erfährt man unter anderem:

- > Die NRW-Wirtschaft exportierte 2006 Waren im Wert von 146,2 Mrd. € – soviel wie nie zuvor. Die Importe erreichten mit 143,9 Mrd. € ebenfalls einen neuen Rekordwert.
- > Das Bruttoinlandsprodukt NRWs stieg 2006 um 3,0 % auf 502 Mrd. €; damit wurde hierzulande mehr als ein Fünftel (21,7 %) der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung erarbeitet.
- > In NRW werden mehr Azubis im Dienstleistungsberufen (Ende 2006: 168.400) als in Fertigungs- und technischen Berufen (141.400) ausgebildet.
- > In NRW wurde 2006 mit fast 35 Mrd. Tonnen mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Produktion an Roheisen, Roh- und Walzstahl sowie Ferrolegierungen erzeugt. Mit dieser Menge könnte man den Pariser Eiffelturm 4.750 mal errichten.

BEST AGER – BESCHÄFTIGUNGSPAKT FÜR ÄLTERE ÄLTERE MITARBEITER – EIN GEWINN FÜR UNTERNEHMEN

**„Der Jugendwahn in den Unternehmen ist vorbei“
lautet die Botschaft von Dr. Lob.**

Dass man ab 50 nicht zum alten Eisen gehören muss, zeigen wir mit unserem Projekt „BEST AGER“, dessen Ziel es ist, diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir sind bislang im Ruhrgebiet das einzige Modellprojekt für die Zielgruppe 50plus, das vom BMAS gefördert wird.

Job-Clubs als effektive Dienstleistungszentren

Herzstück von „BEST AGER“ sind zwei Kompetenzzentren für Arbeitsuchende über 50 Jahre. In den so genannten Job-Clubs arbeiten ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf die Beratung älterer Arbeitsuchender spezialisiert sind. Sie entwerfen ein Stärken-/Schwächen-Profil ihrer Kunden und schnüren ein individuelles Paket aus Beratungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangeboten.

Daneben werden Firmen aus der Region von Unternehmensscouts angesprochen, die bei der Beschäftigung älterer Mitarbeiter auch fördertechisch beraten und den Firmen geeignete Bewerbervorschläge zur Stellenbesetzung unterbreiten.



Dr. Stefan Lob und Franz Müntefering auf dem SGB2-Bundeskongress am „BEST AGER“-Infostand (Berlin, im Oktober 2007)

Die gegenwärtige Bilanz ist beachtlich: Seit Beginn des Beschäftigungspaktes im Dezember 2005 haben knapp 3750 Langzeitarbeitslose über 50 Jahre das Full-Service Angebot der Job-Clubs in Anspruch genommen. Mehr als 840 Kunden haben erfolgreich an arbeitsmarktbezogenen Qualifizierungsmodulen oder betrieblichen Trainings teilgenommen.

Bislang konnten schon 359 Ü50-Kunden unmittelbar in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden. Weitere 36 Kunden nahmen einen Mini-Job auf und 12 beschritten den Weg in die Selbständigkeit.

BEST AGER im Revier

Diese Ergebnisse haben die Programmverantwortlichen im BMAS überzeugt. „BEST AGER“ geht jetzt bis Ende 2010 in seine zweite Förderphase und ist als „Der Beschäftigungspakt für Ältere im Revier“ nun neben Gelsenkirchen mit weiteren Job-Clubs als zentrale Anlaufstelle für ältere Arbeitsuchende und Firmen mit Personalbedarf auch in den Städten Bottrop, Gladbeck und Oberhausen vertreten.

> Gafög GmbH

Emscherstraße 66, 45891 Gelsenkirchen
Tel.: (0209) 7091 - 0, Fax: (0209) 7091 - 125
info@gafog.de, <http://www.gafog.de>

INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG ÄLTERE BESCHÄFTIGTE RÜCKEN INS BLICKFELD

Die Zahl der älteren Erwerbspersonen nimmt stetig zu, ihre Beschäftigungsquote steigt, während die Arbeitslosenrate der über 50-Jährigen sinkt. Zugleich ist ein Großteil der Betriebe in Deutschland auf den Alterswandel ihrer Belegschaften nur schlecht vorbereitet. Um mehr als zehn Prozentpunkte hat sich nach Angaben von Eurostat die Beschäftigungsquote in Deutschland bei den über 55-Jährigen seit dem Jahr 2000 erhöht. Sie liegt aktuell bei 52 % und damit bereits über dem Lissabon-Ziel der Europäischen Union von 50 % für das Jahr 2010. Bis dahin möchte die Bundesregierung gar 55 % erreichen.

Ältere nutzen aktuellen Wirtschaftsaufschwung

Zwei Drittel des Beschäftigungsaufbaus im Jahr 2006 machen Ältere über 50 Jahre aus. Sie nutzen offensichtlich stärker als Jüngere die Beschäftigungschancen, die sich mit dem aktuellen Wirtschaftsaufschwung eröffnen, um wieder am Erwerbsleben teilzuhaben. Davon zeugen 200.000 Arbeitslose über 50 Jahre weniger als vor einem Jahr, als noch 1,1 Mio.

ohne Job waren. „Diese Fachkräfte, die 50-Jährigen und Älteren, die noch ein Drittel ihres Lebens vor sich haben, sind nicht alt. Sie werden wieder gebraucht. Sie werden nicht mehr entlassen und sie werden wieder eingestellt“, stellte der ehemalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering fest. Die von der Bundesregierung gestartete „Initiative 50plus“ wirkt.

Weniger Anreize zur Frühverrentung

Die gestiegene Erwerbsbeteiligung Älterer ist auch auf Änderungen von Verhaltensweisen und Anreizen zurückzuführen. Möglichkeiten einer faktischen Frühverrentung durch lange Bezugszeiten von Arbeitslosengeld wurden beschnitten. In der Tendenz gehen Beschäftigte wieder später in Rente als noch vor Jahren. Der Frühverrentungstrend hat sich umgekehrt. Außerdem nutzten „Betriebe angesichts des demografischen Wandels und drohenden Fachkräftemangels zunehmend das Potenzial älterer Fachkräfte“.

Betriebe tun zu wenig für Arbeitsfähigkeit Älterer

Sich auf ältere Belegschaften einzustellen, ist die größte Herausforderung für die Betriebe in den nächsten 15 Jahren. Die Zahl der 55- bis 64-Jährigen wird laut IAB bis 2020 um rund 40 % zunehmen. Betriebliche Maßnahmen für ältere Beschäftigte seien eher selten.

Kaum Gesundheitsförderung und Weiterbildung

Der Anteil der Firmen, die in Gesundheitsförderung und Weiterbildung Älterer investieren, ist zwischen 2002 und 2006 sogar von 19 auf 17 % gesunken. Von den befragten Unternehmen gab nur ein Fünftel an, mehr Gesundheitsprävention als gesetzlich vorgeschrieben zu praktizieren. Und auch bei dieser Minderheit bestanden die Maßnahmen vor allem in Krankenstandsanalysen und Mitarbeitergesprächen. Nur ein Viertel aller Beschäftigten wurden 2005 bei Weiterbildungsmaßnahmen von ihren Unternehmen unterstützt. „Erschwerend ist zudem, dass nur wenige Betriebe Ältere in Weiterbildungsaktivitäten einbeziehen oder spezifische Weiterbildungsmaßnahmen für Ältere fördern – und ihr Anteil sinkt.“

Nur zehn Prozent Ältere bei Einstellungen

Zugleich waren nur zehn Prozent der im ersten Halbjahr 2006 eingestellten Personen älter als 50

Jahre. Damit waren sie bei den Neueinstellungen deutlich unterrepräsentiert: Laut Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit lag ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mehr als doppelt so hoch. Zum Teil ist dieses Ungleichgewicht darauf zurückzuführen, dass den Betrieben gar keine Bewerbungen Älterer vorliegen. „Diese rechnen sich entweder keine Chancen aus oder sie haben sich bereits vom Arbeitsleben verabschiedet“.

Beitrag der Unternehmen unerlässlich

„Ohne wesentliche Veränderungen in der betrieblichen Gesundheitsförderung, Weiterbildung und Arbeitsorganisation ist eine deutliche und nachhaltige Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer reichlich unrealistisch“, folgert das IAB. Der Nachholbedarf bei betrieblichen Aktivitäten in diesen Feldern ist den Experten zufolge beträchtlich.

Bundesregierung hat Weichen gestellt

Die Bundesregierung hat notwendige Weichenstellungen vorgenommen. In der Weiterbildungsförderung wurden die Anstrengungen bereits erheblich verstärkt. Die Arbeitsmarktpolitik enthält ein breites Leistungsangebot zur Förderung der beruflichen Weiterbildung, insbesondere für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte. Aber auch für Menschen ohne Berufsabschluss. Die „Initiative 50plus“ bündelt diese Maßnahmen mit ihren Instrumenten:

- Kombilohn für Ältere,
- Eingliederungszuschüsse für Unternehmen, die Ältere einstellen,
- Weiterbildungsangebote für über 45-Jährige,
- längere Befristungszeiten.

Steigende Qualifikationserwartungen lassen den Bedarf an beruflicher Weiterbildung auch in Zukunft wachsen. Mehr und bessere Qualifizierung ist auch eine gute Antwort auf die demografischen Veränderungen. Die Bundesregierung hat daher ebenfalls beschlossen, eine Gesamtstrategie für „Lebenslanges Lernen“ zu entwickeln.

- >>> Ergebnisse der IAB-Studien
- >>> Situation von älteren auf dem Arbeitsmarkt
- >>> Initiative 50plus

KOMMENTAR

**„EIN STÜCK RECHTSSTAAT WIRD
ABGESCHAFFT – UND KAUM JEMAND
MERKT ES“**

Von Peter Mühlbauer (30.11.2007)

Nordrhein-Westfalens Innenminister Wolf führt eine Abschreckungsgebühr ein, damit sich Bürger weniger häufig gegen bürokratische Fehlentscheidungen wehren.

Im November wurde in Nordrhein-Westfalen still und heimlich das Widerspruchsverfahren in den meisten Verwaltungsbereichen abgeschafft. Vor dem Inkrafttreten wurde die unter dem grob irreführenden Namen „Bürokratieabbaugesetz II“ verpackte Gesetzesänderung praktisch nicht öffentlich debattiert – weder von regionalen noch von überregionalen Medien. Mit der neuen Regelung kehrt ein Stück Obrigkeitsstaat zurück: wer sich beschweren will, muss erst einmal zahlen. Und nicht zu knapp. Selbst wenn die Behörde ganz offensichtliche Fehler gemacht hat. Das schreckt ab – und das soll offenbar auch abschrecken. Ein anderer Zweck der Abschaffung des bewährten Verfahrens ist nämlich schwer denkbar, auch wenn die Regelung in ein Gesetz mit dem irreführenden Namen „Bürokratieabbaugesetz II“ verpackt wurde. Tatsächlich handelt es sich nicht um den Abbau von Bürokratie, sondern um den Abbau von Rechtsstaat – und um eine gehörige Stärkung der Macht der Bürokratie. Betroffen sind unter anderem kommunale Steuern und Gebühren (wie etwa für Abfall, Abwasser und Straßenreinigung), Baugenehmigungen, Erschließungs- und Ausbaubeitragsbescheide, Wohngeldbescheide, sowie Verwaltungsentscheidungen im Gewerbe-, Gaststätten- oder Ausländerrecht.

Weiterhin Widerspruch eingelegt werden kann bei Ordnungswidrigkeiten, bei Maßnahmen von Schulen und in einigen Bereichen des Sozialrechts. Früher galt grundsätzlich, dass gegen belastende Verwaltungsakte mit scheinbaren oder tatsächlichen Fehlern meist innerhalb eines Monats bei der Behörde selbst kostenfrei Widerspruch eingelegt werden konnte. Die musste den Bescheid dann überprüfen. Das war in der Praxis keine Makulatur – in vielen Bereichen

fand seit den Personaleinsparungen der 1980er und 90er Jahre eine eingehende Prüfung der Fälle aufgrund enger zeitlicher Vorgaben erst im Falle eines Widerspruchs statt. Der Beamte beziehungsweise der Angestellte entschied erst einmal zügig und im Zweifelsfall zu Ungunsten der Antragsteller.

Das war beziehungsweise ist unter anderem deshalb der Fall, weil in der öffentlichen Verwaltung relativ klare Anreize bestehen: Gewährt ein Behördenvertreter dem Bürger zu viel, bekommt er im geringsten Fall Ärger mit seinem Vorgesetzten. Kommt es schlimmer, wird er eventuell zu Schadensersatzzahlungen herangezogen oder gerät vielleicht sogar in den Verdacht der Korruption. Deshalb ist die oberste Regel jedes Verwaltungsbeamten und -angestellten das umgekehrte Zick-Zack-Motto: Lieber zu wenig als zu viel.

Ein Nachgeben im Widerspruchsverfahren bedeutete für die Behörde auch aus diesen Gründen keinen Gesichtsverlust nach Außen, wie es bei einer Niederlage vor Gericht der Fall gewesen wäre. Fand man also bei genauerer Prüfung, dass der Bürger Recht hatte, dann legte man keinen gesonderten Aufwand auf das Finden neuer Gesichtspunkte, die den Behördenentscheid doch irgendwie rechtfertigten sollten, sondern gab einfach nach.

Konnte die Behörde selbst dem Widerspruch nicht abhelfen, dann ging er an die Aufsichtsbehörde – die entschied zwar nur in wenigen Fällen anders, konnte aber bei Fehlern, die beispielsweise aus persönlichen Animositäten resultierten, unbürokratisch abhelfen. Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Eckart Hien, befand deshalb bereits Anfang des Jahres zum Wegfall des Widerspruchsverfahrens:

„[...] ein Zuwachs an effektivem Rechtsschutz ist damit allerdings nicht verbunden. Im Gegenteil: Dem Bürger und der Verwaltung wird das einfachere und billigere Mittel zur Korrektur von Verwaltungshandeln genommen.“

Es ist wieder einmal der schon mit dem NRW-Verfassungsschutzgesetz auffällig gewordene FDP-Minister Wolf, der diesen Abbau von Bürgerrechten in erster Linie zu verantworten hat. „Widersprüche

bringen fast nie Erfolg, kosten aber wahnsinnig viel Zeit“ behauptete Wolf öffentlich, worauf die Wählergemeinschaft Mühlheimer Bürgerinitiativen die Probe aufs Exempel machte die Quoten für ihre Stadt ermitteln ließ: Dabei stellte sich heraus, dass von etwa 5.000 eingelegten Widersprüchen 3.700 erfolgreich waren – sprich, die Behörden hatten in fast drei Viertel der Widerspruchsfälle versagt.

Diese Betroffenen, die sich wehren, dürften in Zukunft deutlich weniger werden: Bevor sie in Vorkasse zu bezahlende gesalzene Gerichtsgebühren bezahlen, schlucken viele Bürger lieber Entrechnungen. Zur finanziellen Schwelle kommt eine bei den meisten Bürgern vorhandene Hemmung hinzu, sich an ein Gericht zu wenden. Im Gegensatz zum Widerspruch, der tatsächlich unbürokratisch frei formuliert oder sogar zur Niederschrift eingelegt werden kann, bedarf eine Klageschrift meist der Hilfe eines Rechtsanwalts.

Freilich hatten die Behörden mit dem Widerspruchsverfahren auch eine Möglichkeit, Fälle zu verzögern – allerdings nur sehr begrenzt. Nach drei Monaten konnte Untätigkeitsklage angedroht werden. Für eilige Fälle standen zudem gesonderte Rechtsmittel zur Verfügung.

Nun müssen sich die Gerichte ohne die früher im Widerspruchsverfahren geleistete Aufbereitung in die Fälle einarbeiten, was die Prozessdauer potentiell erheblich verlängert. Wo früher der Sachbearbeiter im Widerspruchsverfahren den Fall in einem Aktenvermerk, den auch das Gericht nutzen konnte, übersichtlich und verständlich zusammenfasste, geht er nun häufig kommentarlos zum Gericht, das häufig jede Mühe hat, herauszufinden, worum es überhaupt geht. Hinzu kommt die Überlastung durch die früher im Zuge des Widerspruchsverfahrens bereinigten Fälle, die nun direkt bei den personalmäßig kaum besser ausgestatteten Verwaltungsgerichten landen. Insofern ist statt einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten eher eine Verlängerung zu erwarten – aber auch die trägt ja zur potentiellen Abschreckung von Beschwerdeführern bei.

INTERNET-SICHERHEIT

GELDGESCHÄFTE ONLINE UND SICHER – KEINE CHANCE FÜR PHISHER & CO

Der Geldtransfer per Online-Banking wird immer beliebter. Aber mit dieser schnellen und praktischen Methode sind auch Risiken verbunden. Die Landesinitiative „secure-it.nrw“ klärt in ihrer kostenfreien Broschüre „Geldgeschäfte – online und sicher“ darüber auf, welchen Weg die Daten beim Online-Banking nehmen und an welchen Stellen Gefahren lauern. Außerdem informiert sie über Möglichkeiten, mit denen sich die Vorteile des Online-Bankings mit hoher IT-Sicherheit kombinieren lassen.

> www.secure-it.nrw.de/material/fitra.php

> www.bsi-fuer-buerger.de/geld/index.htm

BÜROKRATIE

40 MRD. € BÜROKRATIEKOSTEN DURCH BUNDES- UND EU-RECHTLICHE REGELUNGEN

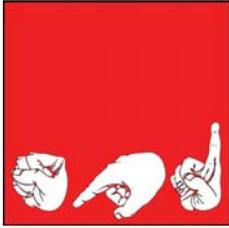
Die Bundesministerien haben in den vergangenen Monaten rund 10.900 Informationspflichten, die den Unternehmen aus bundes- und EU-rechtlichen Regelungen entstehen, identifiziert und analysiert. Bisher wurden davon 2.100 Informationspflichten – und zwar die aufwändigsten – mittels des Standard-Kosten-Modells gemessen. Sie allein verursachen Bürokratiekosten für die Unternehmen in Höhe von jährlich 27 Mrd. €, so der Bericht der Bundesregierung. Die Bürokratiekosten insgesamt werden auf rund 35 – 40 Mrd. € geschätzt.

Das IfM Bonn hatte 2004 unter Zugrundelegung eines weiten Bürokratiebegriffs und des Einbezugs landesrechtlicher Regelungen Bürokratiekosten in Höhe von rund 46 Mrd. € p.a. für die Wirtschaft ermittelt. Basis der Hochrechnung waren damals die subjektiven Einschätzungen von rund 1.000 Unternehmen. Das IfM Bonn forscht seit 1994 zum Thema Bürokratie. Die Ergebnisse der empirischen Befragung zu den Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem Jahr 2004 sowie die Ermittlung bürokratischer Kostenbelastungen in ausgewählten Bereichen mittels Stoppuhrmodell (2006) finden Sie hier:

> www.ifm-bonn.org/ergebnis/index-buerokratie.htm

Quelle: „TELEPOLIS“ (Heise-Verlag), Adresse des Artikels:
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26726/1.html>

DRÖSCHER-PREIS: GEBÄRDEN-VIDEOS SPD-ORTSVEREIN SUCHT SPONSOREN



Auf dem Hamburger Parteitag wurde dieses Projekt von Heidemarie Wieczorek-Zeul bei der Verleihung des Dröscher-Preises ausdrücklich hervorgehoben und lobend erwähnt: Der Ortsverein Aaseestadt/ Mecklenbeck hat es sich zur Aufgabe gemacht, Gehörlose und Hörgeschädigte mit besonderen, barrierefreien Filmen über die Inhalte sozialdemokratischer Politik zu informieren.

Als neuestes Projekt möchten die Genossinnen und Genossen das soeben beschlossene Grundsatzzprogramm in eine interaktiv nutzbare Videofassung übersetzen. Was dieses Projekt grundsätzlich von den bisherigen unterscheidet, ist das Volumen. So kalkulieren die Genossinnen und Genossen mit einem Dolmetschereinsatz von ungefähr 50 Stunden und einer Gesamtlänge des geschnittenen Videomaterials von 2,5–3 Stunden. Das ist nicht nur vom Projekt her aufwändig, sondern auch sehr teuer. Die Studionutzung und die Videonachbearbeitung werden schon gesponsert. Aber es bleiben noch Produktionskosten von 6.000 €, die der Ortsverein nicht aus eigenen Mitteln aufbringen kann. Deshalb planen die Genossinnen und Genossen in Münster, diese Gelder über Spenden oder Sponsoren aufzubringen. Im fertigen Gebärdenvideo werden diese innerhalb des Kapitels „Das soziale und demokratische Europa“ selbstverständlich namentlich genannt.



Weitere Informationen und einige Beispiel-Videos stehen unter www.spdaaseestadt.de bereit; der Ansprechpartner vor Ort ist **Bernhard Brämwig**.

ERST EINS, DANN ZWEI, DANN DREI, DANN VIER ...

... ein gutes Jahr für die AGS in NRW neigt sich dem Ende zu. Wir waren erfolgreich, haben manches bewirkt und neue AGS-Organisationen ins Leben gerufen. Gleichwohl warten auch 2008 weitere wichtige Aufgaben auf uns alle. Lasst uns die Themen und Probleme anpacken – gemeinsam und engagiert. Wir wünschen unseren Lesern **FROHE WEIHNACHTEN** und einen **GUTEN RUTSCH INS NEUE JAHR 2008!**

Für den Landesvorstand der AGSNRW: Gerhard Teulings, André Brümmer, Dr. Klaus Moraw, Peter Schwertfeger



Dortmunder Weihnachtsmarkt
(Foto: © 2005 Daniel Rehbein)

Bis zur nächsten Ausgabe,



Gerhard Teulings
AGS-Landesvorsitzender

>>> **Herausgeber:** „Arbeitsgemeinschaft Selbständige“, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40231 Düsseldorf, Tel.: (0211) 13622-315, Fax: (0211) 13622-5315, Vorsitzender: Gerhard Teulings (teulings1@gelsenet.de). Die AGS:NACHRICHTEN werden ausschließlich per eMail an Mitglieder der AGSNRW und sonstige Abonnenten verschickt. Redaktion: Gerhard Teulings, Michael Henke (henke@agsnrw.de). An- und Abmeldung, weitere Informationen zum Abo sowie ältere Ausgaben unter www.agsnrw.de/newsletter.htm.

Satz & Layout: HENKE graphic engineering, Dortmund